

AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG



MD-1137-2/94

Wien, 28. April 1994

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Hochleistungs-
streckengesetz geändert wird
(HLG-Novelle 1994);
Begutachtung;
Stellungnahme

An das
Präsidium des Nationalrates

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 30	-GE/19 04
Datum: 2. MAI 1994	
Verteilt 6. 5. 94	

H. Kleinsgruber

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage
(25-fach)

Dr. Pillmeier
Obersenatsrat

WIENER LANDESREGIERUNG



Dienststelle MD-Büro des Magistratsdirektors

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 40 00-82126

MD-1137-2/94

Wien, 28. April 1994

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Hochleistungs-
streckengesetz geändert wird
(HLG-Novelle 1994);
Begutachtung;
Stellungnahme

zu Zl. 210.779/2-II/1-1994

An das
Bundesministerium für
öffentliche Wirtschaft
und Verkehr

Auf das do. Schreiben vom 25. März 1994 beehrt sich das Amt
der Wiener Landesregierung, zu dem im Betreff genannten Ge-
setzentwurf nachstehende Stellungnahme bekanntzugeben:

Grundsätzlich wird begrüßt, daß bei der Bestimmung des Tras-
senverlaufes einer Hochleistungsstrecke auf die Ergebnisse
einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder Bürgerbeteiligung
nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) Bedacht
zu nehmen ist.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes wird noch
folgendes bemerkt:

zu § 3 Abs. 1:

Zur Verdeutlichung sollte auf die Ergebnisse des Verfahrens
nach dem UVP-G Bezug genommen werden.

- 2 -

zu § 4 Abs. 1 und 6:

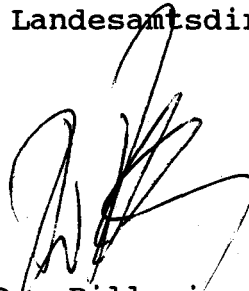
Es sollte angegeben werden, welche Unterlagen für die Beurteilung der Umweltverträglichkeit eines Trassenverlaufes außer "Planunterlagen" vorzulegen sind, wie etwa Fachanalysen über umweltrelevante Auswirkungen.

zu § 4 Abs. 7:

Der Beginn der "vom Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zu bestimmenden sechswöchigen Frist zur öffentlichen Einsicht" wäre so festzulegen, daß die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen in den Gemeinden getroffen und auch ortsübliche Kundmachungen rechtzeitig vorbereitet werden können. Da die Planunterlagen über den Trassenverlauf nicht nur zum Zwecke der Information der Bevölkerung zur öffentlichen Einsicht aufgelegt werden, wäre es bürgerfreundlich, in die Kundmachung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auch Fristen und Abgabestellen für die Einbringung schriftlicher Stellungnahmen aufzunehmen (vgl. § 2 Abs. 6 der Bauordnung für Wien).

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Pillmeier
Obersenatsrat